

## **BVI: Wohlstandssicherung mit Fonds stärken – die wichtigsten Stellschrauben im Wahljahr**

- **Rückschritt in der Debatte um Systemrisiken vermeiden**
- **Vermögensbildung erleichtern statt erschweren**
- **Betriebliche Altersvorsorge nachbessern**
- **Finanzplatz Frankfurt stärken statt schwächen**

Frankfurt, 21. Februar 2017. Der deutsche Fondsverband BVI appelliert im Wahljahr an die Politik, die Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstands mit Investmentfonds zu fördern statt zu behindern. „Fonds bringen das Kapitalangebot der Anleger mit der Kapitalnachfrage von Unternehmen und Staaten weltweit zusammen. Sie ermöglichen Wachstum und Innovation. Und sie sind das Rückgrat der Altersvorsorge in Deutschland“, sagt Hauptgeschäftsführer Thomas Richter auf der Jahrespressekonferenz. So beträgt der Anteil der europäischen Fondsbranche an Aktien europäischer Unternehmen 16 Prozent und an Anleihen europäischer Staaten 12 Prozent. In Deutschland hält die deutsche Fondsbranche rund 10 Prozent der deutschen Aktien. „Fonds ermöglichen Privatanlegern schon mit kleinen Anlagebeträgen die Teilhabe am weltweiten Wirtschaftswachstum“, so Richter. „Ob und wie die Bürger diese Möglichkeit nutzen, hängt aber stark von den politischen und regulatorischen Weichen ab.“ Das reiche von der Finanzmarktpolitik bis zur öffentlichen Förderung.

### **Systemrelevanz: FSB-Vorschläge überzeugen**

Positiv wertete Richter in diesem Zusammenhang die Entwicklung in der internationalen Diskussion um die Systemrelevanz von Asset Managern und Fonds. Statt pauschal die Größe als systemrelevantes Kriterium heranzuziehen, konzentriert sich der Finanzstabilitätsrat FSB nun auf die Behebung struktureller Schwachstellen in der bestehenden Fondsregulierung. Seine abschließende Empfehlung an die nationalen Aufsichtsbehörden lautet, die Systemrelevanz nach den Aktivitäten im jeweiligen Fonds und ihre möglichen Auswirkungen auf das Finanzsystem zu beurteilen. „Das ist der richtige Weg. Fonds verwalten das Geld ihrer Anleger als Treuhänder. Anders als Banken und Versicherungen nehmen sie das Kapital nicht auf ihre eigene Bilanz. Ziel der Regulierung muss es demnach sein, die einzelnen Risiken in den Fonds zu regeln, statt Eigenkapitalanforderungen zu stellen. Marktrisiken sind keine Systemrisiken“, so Richter. Handlungsbedarf sieht der FSB vor allem bei einer Anlegerflucht aus Fonds und daraus resultierenden Liquiditätsrisiken. „Dagegen ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil, es ist durchaus sinnvoll, das bestehende Instrumentarium zur Liquiditätssteuerung zu erweitern.“

### **Schattenbanken: Kein Griff in die Mottenkiste**

Kritisch sieht der BVI dagegen, dass die G20 den Begriff der Schattenbank wieder auf die Regulierungsagenda gesetzt haben. Selbst der FSB spricht inzwischen von „Non-Bank Credit Intermediaries“ statt pauschal von Schattenbanken. Dazu Richter: „Wir haben mit diesem Kampfbegriff schlechte Erfahrungen gemacht. Dadurch sind streng regulierte Investmentfonds zeitweise in einen Topf mit unregulierten Hedgefonds geraten. Fonds sind aber weder Banken, noch agieren sie im Schatten. Es gibt kaum eine Branche, die so gut ausgeleuchtet ist wie das Fondsgeschäft. Bei vielen Aufsehern hat der Begriff aus gutem Grund ausgedient.“ Wenn die Bundesregierung, die derzeit die G20-Präsidentschaft innehat, schon nicht auf den Schattenbankenbegriff verzichten wolle, sollte sie ihn wenigstens so definieren, dass der Branche daraus keine weiteren Reputationsschäden entstehen, so Richter.

### **Mehr Teilhabe privater Anleger am Produktivkapital**

Bei der Vermögensbildung hat Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern noch Aufholpotenzial. Der Anteil direkter und indirekter Aktionäre in der Bevölkerung liegt bei 14 Prozent. Zum Vergleich: In den USA ist über die Hälfte der Bevölkerung direkt oder indirekt am Wirtschaftswachstum beteiligt, maßgeblich über das System der betrieblichen Altersversorgung. Der BVI plädiert daher für eine kapitalmarktorientierte Altersvorsorge nach US-Vorbild. Kontraproduktiv wären außerdem Maßnahmen, die zu einer weiteren steuerlichen Diskriminierung von Aktien oder zu einer Lenkungswirkung hin zu anderen Produkten führen würden. Dazu Richter: „Wertpapiersparen darf nicht benachteiligt werden. Der BVI lehnt daher die Abschaffung der Abgeltungsteuer und die Wiedereinführung einer Eigenheimzulage ab.“

### **Betriebliche Altersversorgung: Auf Garantien verzichten**

Die Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung (bAV) ist der Branche ein großes Anliegen. Der BVI wertet den Regierungsentwurf zum Betriebsrentenstärkungsgesetz als einen Meilenstein für deren Weiterentwicklung. Bei einigen Punkten gibt es aber noch Verbesserungsbedarf. „Die reine Beitragszusage sollte auch nicht-tarifvertraglich organisierten Arbeitgebern ermöglicht werden und zudem für alle Durchführungswege gelten“, so Richter. Das Garantieverbot sei eine wichtige Stellschraube, um die Rendite der Produkte zu erhöhen. Hier dürfe es aber kein Wahlrecht für die Produktanbieter geben, um kein Gefälle entstehen zu lassen. Auch bei Riester gehörten die Beitragsgarantien zwecks Rendite auf den Prüfstand. Der BVI plädiert außerdem dafür, ein freiwilliges Opting Out auch für nicht-tarifvertraglich organisierte Arbeitgeber zu ermöglichen.

### **Finanzplatz Frankfurt stärken statt schwächen**

Angesichts des drohenden Brexits wünscht sich der BVI ein klares politisches Bekenntnis der Politik zum Finanzplatz Frankfurt. Frankfurt ist der Hauptstandort für die Fondsbranche in Deutschland: 53 Prozent aller BVI-Mitglieder haben ihren Hauptsitz in Frankfurt. Luxemburg hat zwar als Auflagestandort die Nase vorn, Frankfurt ist jedoch das Zentrum für Produktentwicklung, Fondsmanagement und Vertrieb. Rund 89 Prozent des Publikumsfondsvermögens und 53 Prozent des Spezialfondsbestands werden von Frankfurt aus verwaltet. „Eine aktive Standortpolitik und eine Willkommenskultur für Finanzunternehmen würde Deutschland im europäischen Wettbewerb entscheidend stärken“, so Richter. Schädlich wäre hingegen die Einführung einer Finanztransaktionsteuer in Deutschland. Sie würde den Finanzplatz Frankfurt gegenüber London, Luxemburg und Dublin entscheidend schwächen.